

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/6291)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 06. Dezember 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891) in der jeweils geltenden Fassung dient der Umsetzung des im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) normierten Bundesrechts. Mit Wirkung vom 1. Januar 2020 sind Änderungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Kraft getreten, die im Zusammenhang mit der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) stehen. Wesentlicher Bestandteil der durch das Bundesteilhabegesetz geregelten Änderungen war die Herauslösung der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 im Sechsten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch geregelten Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe und ihre Überführung in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch. Infolgedessen sind diejenigen Steuerungs- und Planungsaufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe weggefallen, die sich auf Einrichtungen für behinderte Menschen beziehen. Deshalb ist eine Bereinigung der in § 4 ThürAGSGB XII geregelten sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe erforderlich.

Der bisherige § 6 a ThürAGSGB XII diente der landesrechtlichen Ausgestaltung des Erstattungsverfahrens nach § 136 SGB XII, wonach der Bund den örtlichen Trägern der Sozialhilfe in den Jahren 2017 bis 2019 einen Teil der Aufwendungen für den Barbetrag erstattete. Für diese Regelung besteht wegen Zeitablaufs kein Bedarf mehr.

Durch den Wegfall der Steuerungs- und Planungskompetenzen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe bezüglich der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen entfällt auch der Anwendungsbereich für die Verordnung über die Planungskommission nach § 4 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. September 2003 (GVBl. S. 487) in der jeweils geltenden Fassung. Diese Rechtsverordnung ist daher aufzuheben.

Aufgrund der Überführung der Eingliederungshilfe in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch ergibt sich weiterer Änderungsbedarf im Hinblick auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 8 Abs. 1 des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes (ThürSinnbGG) in der Fassung

vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung. Die in § 8 Abs. 1 Satz 3 ThürSinnbGG geregelte abweichende örtliche Zuständigkeit für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes knüpft im Fall des gleichzeitigen Bezugs von Leistungen der Sozialhilfe an die örtliche Zuständigkeit für diese Leistungen an. Da die Leistungen der Eingliederungshilfe seit dem 1. Januar 2020 nicht mehr zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zählen, bedarf es diesbezüglich im Hinblick auf die örtliche Zuständigkeit einer Klarstellung.

B. Lösung

Erlass eines Mantelgesetzes, mit dem die Bereinigung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, die Aufnahme klarstellender Regelungen in § 8 Abs. 1 ThürSinnbGG sowie die Aufhebung der Verordnung über die Planungskommission nach § 4 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch erfolgen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 13. September 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen
Entwurf des

"Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung
des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung wei-
terer Vorschriften"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 21./22./23. Monat 2022.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Gesetz zur Änderung des
Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur
Änderung weiterer Vorschriften**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Thüringer Gesetzes
zur Ausführung des Zwölften Buches
Sozialgesetzbuch**

Das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2a wird das Komma durch das Wort "und" ersetzt.
 - bb) In Nummer 3 wird das Wort "und" durch einen Punkt ersetzt.
 - cc) Nummer 4 wird aufgehoben.
 - b) Absatz 5 wird aufgehoben.
 - c) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.
 - d) Absatz 7 wird aufgehoben.
2. § 6 a wird aufgehoben.
3. In § 13 werden die Worte "in männlicher und weiblicher Form" durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.

**Artikel 2
Änderung des
Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes**

Das Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz in der Fassung vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2018 (GVBl. S. 69), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 8 Abs. 1 werden folgende Sätze angefügt:

"Die örtliche Zuständigkeit für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes richtet sich abweichend von Satz 2 nach der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung der Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch, wenn der Berechtigte

 1. ausschließlich Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch von einem in Thüringen zuständigen Träger der Eingliederungshilfe oder
 2. neben Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch gleichzeitig eine Leistung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erhält. Für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes an Berechtigte, die am 31. Dezember 2019 Leis-

tungen nach dem Sechsten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bezogen haben und die ab dem 1. Januar 2020 Leistungen nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch erhalten, bleibt die nach Satz 3 begründete örtliche Zuständigkeit bestehen."

2. Der bisherige § 13 wird § 12 und die Worte "in männlicher und weiblicher Form" werden durch die Worte "für alle Geschlechter" ersetzt.
3. Der bisherige § 14 wird § 13.

Artikel 3
Aufhebung der Verordnung über die
Planungskommission nach § 4 Abs. 5 des
Thüringer Gesetzes zur Ausführung des
Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

Die Verordnung über die Planungskommission nach § 4 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. September 2003 (GVBl. S. 487), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 18. September 2012 (GVBl. S. 410), wird aufgehoben.

Artikel 4
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Artikel 1 des vorliegenden Mantelgesetzes dient insbesondere der Bereinigung landesrechtlicher Umsetzungsregelungen im Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891) in der jeweils geltenden Fassung.

Mit dem Inkrafttreten der Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der dritten Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234) in der jeweils geltenden Fassung stehen, ist die bisher im Sechsten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) geregelte Eingliederungshilfe mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) überführt worden. Deshalb ist die Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe bezüglich der Einrichtungen für behinderte Menschen weggefallen. § 4 ThürAGSGB XII ist entsprechend zu aktualisieren.

Das auf der Grundlage des § 136 SGB XII durchgeführte Erstattungsverfahren ist im Jahr 2020 abgeschlossen worden. Die der Ausgestaltung des Erstattungsverfahrens dienende Regelung des § 6 a ThürAGSGB XII hat somit keinen Anwendungsbereich und ist aufzuheben.

Die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe hat auch Auswirkungen auf die Regelung der örtlichen Zuständigkeit nach § 8 Abs. 1 des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes (ThürSinnbGG) in der Fassung vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung. Die in § 8 Abs. 1 Satz 3 ThürSinnbGG geregelte abweichende örtliche Zuständigkeit für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes knüpft im Fall des gleichzeitigen Bezugs einer Leistung der Sozialhilfe an die örtliche Zuständigkeit für diese Leistungen an. Da die Leistungen der Eingliederungshilfe seit dem 1. Januar 2020 nicht mehr zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zählen, bedarf es einer Klarstellung, wie die örtliche Zuständigkeit bei Bezug von Leistungen der Eingliederungshilfe zu bestimmen ist.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1:

Zu Buchstabe a:

Der bisher geltende § 4 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4 ThürAGSGB XII wies dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe die Zuständigkeit zur Erhebung und Auswertung von planungserheblichen Daten zu, welche als Grundlage für die bedarfsgerechte Steuerung und Planung in Bezug auf teil- und vollstationäre Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen dienten. Mit der Überführung der bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 im Sechsten Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch geregelten Eingliederungshilfe in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch entfällt die Notwendigkeit für diese Zuständigkeitsregelung. Sie wird mit Doppelbuchstabe cc aufgehoben; die damit verbundenen redaktionellen Änderungen werden in den Doppelbuchstaben aa und bb geregelt.

Zu Buchstabe b:

Der bisher geltende § 4 Abs. 5 ThürAGSGB XII bildete die Rechtsgrundlage für die Errichtung einer Planungskommission, die den örtlichen Trägern der Sozialhilfe im Hinblick auf die Einrichtungen der Eingliederungshilfe eine stärkere Beteiligung im Rahmen der bedarfsgerechten Standort- und Bedarfsplanung ermöglichen sollte. In den Zuständigkeitsbereich der Planungskommission fiel ausschließlich die bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 den örtlichen Trägern der Sozialhilfe übertragene Eingliederungshilfe. Die Regelungen sind daher infolge der Überführung der Eingliederungshilfe in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch gegenstandslos geworden.

Zu Buchstabe c:

Redaktionelle Folgeänderung zu Nummer 1 Buchstabe b

Zu Buchstabe d:

Mit dem Wegfall der Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe für die Standort- und Bedarfsplanung bezüglich der Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen entfällt auch die im bisherigen § 4 Abs. 7 ThürAGSGB XII geregelte Verpflichtung der örtlichen Träger der Sozialhilfe, planungserhebliche Daten an die zuständige Behörde des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe zu melden.

Zu Nummer 2:

Der bisher geltende § 6 a ThürAGSGB XII diente der landesrechtlichen Umsetzung des in § 136 SGB XII geregelten Erstattungsverfahrens. Da die letzte auf der Grundlage des § 136 SGB XII beruhende Meldung an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im April 2020 und die darauf bezogene Erstattungszahlung des Bundes zum 15. Mai 2020 erfolgt sind, ist der Regelungsgehalt der Bestimmung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden.

Zu Nummer 3:

Nach dem Kabinettsbeschluss vom 13. April 2021 sind Gesetze und Rechtsverordnungen in geschlechtergerechter Sprache zu formulieren. Um bezüglich der im vorliegenden Gesetz verwendeten Status- und Funktionsbezeichnungen eine Gleichstellung mit allen Geschlechtern zu erreichen, wird die Gleichstellungsbestimmung entsprechend angepasst.

Zu Artikel 2

Zu Nummer 1:

Für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes ist nach § 8 Abs. 1 Satz 2 ThürSinnbGG der Landkreis oder die kreisfreie Stadt örtlich zuständig, in dem oder in der der Berechtigte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und Bürgerfreundlichkeit regelt § 8 Abs. 1 Satz 3 ThürSinnbGG eine abweichende örtliche Zuständigkeit für solche Fälle, in denen der Berechtigte gleichzeitig eine Leistung der Sozialhilfe bezieht. In diesen Fällen gilt die örtliche Zuständigkeit für die Sozialhilfeleistung auch für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes. Da die Leistungen der Eingliederungshilfe seit dem 1. Januar 2020 nicht mehr zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zählen, bedarf

es einer Klarstellung im Hinblick auf die örtliche Zuständigkeit bezüglich des gleichzeitigen Bezugs von Leistungen der Eingliederungshilfe.

In dem neu angefügten Satz 4 sind weitere Abweichungen vom Grundsatz der örtlichen Zuständigkeit nach Satz 2 für diejenigen Fälle geregelt, in denen der Berechtigte ausschließlich Leistungen der Eingliederungshilfe erhält (Nummer 1) oder wenn der Berechtigte neben Leistungen der Eingliederungshilfe nach Teil 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch gleichzeitig eine Leistung der Sozialhilfe bezieht (Nummer 2). In den vorgenannten Fällen bestimmt sich die örtliche Zuständigkeit für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes nach der örtlichen Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe. Beim gleichzeitigen Bezug von Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch und der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch verweist § 98 Abs. 6 SGB XII auf die Regelungen der örtlichen Zuständigkeit nach § 98 SGB IX. Damit der Berechtigte in dieser Fallkonstellation alle Leistungen "aus einer Hand" erhalten kann, knüpft der neu angefügte Satz 4 Nr. 2 bezüglich der örtlichen Zuständigkeit für die Gewährung des Sinnesbehindertengeldes an die durch Bundesrecht vorgegebene örtliche Zuständigkeit an.

Durch den neu angefügten Satz 5 wird klargestellt, dass die Überführung der Eingliederungshilfe in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch zum 1. Januar 2020 keinen Einfluss auf die zuvor nach Satz 3 begründete örtliche Zuständigkeit hat. Für die Bestandsfälle, in denen Leistungen der Eingliederungshilfe über den 31. Dezember 2019 hinaus weitergewährt werden, verbleibt es bei der ursprünglich begründeten örtlichen Zuständigkeit.

Zu Nummer 2:

Die im Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz bezüglich des § 12 durch eine frühere Aufhebung entstandene Lücke wird geschlossen und zugleich die Gleichstellungsbestimmung entsprechend dem Kabinettschluss vom 13. April 2021 angepasst.

Zu Nummer 3:

Redaktionelle Folgeänderung zu Nummer 2

Zu Artikel 3

Infolge der Aufhebung des bisher geltenden § 4 Abs. 5 ThürAGSGB XII durch Artikel 1 Nr. 1 Buchst. b entfällt auch der Anwendungsbereich für die auf dieser Ermächtigungsgrundlage erlassene Verordnung über die Planungskommission nach § 4 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. September 2003 (GVBl. S. 487) in der jeweils geltenden Fassung, welche die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Planungskommission regelte. Die Rechtsverordnung ist daher aufzuheben.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Mantelgesetzes und damit der Änderungen.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunalen Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	S.O.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> X nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 7.9.22	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;">Thüringischer Landkreistag</div> <div style="flex: 1;">e.V.</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Richard-Breslau-Str. 13</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">99094 Erfurt</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunalen Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 09.09.2022	

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften		
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 7/6291		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	
	Organisationsform	
	LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V.	
	Eingetragener Verein	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
1.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Arnstädter Straße 50	
	Postleitzahl, Ort	
1.	99096, Erfurt	
	2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	2.	Name
2.	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Interessenvertretung der Verbände der gemeinnützigen Wohlfahrtspflege	

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aus Sicht des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. sind keine weiteren Anmerkungen oder Anpassungen zum vorliegenden Gesetzentwurf notwendig. Daher schließen wir uns den vorgeschlagenen Anpassungen des „Dritten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ an.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, der 28.11.2022	

THÜR. LANDTAG POST
28.11.2022 11:45

29095/2022

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.
Arnstädter Str. 50, 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und
Gleichstellung

- per E-Mail -



Geschäftsstelle

**LIGA der Freien Wohlfahrtspflege
in Thüringen e.V.**
Arnstädter Str. 50
(Eingang Humboldtstraße)
99096 Erfurt

E-Mail: info@liga-thueringen.de
Internet: www.liga-thueringen.de
Telefon: (0361) 511499-0

Ihr Schreiben vom/Ihre Zeichen

unsere Zeichen

Erfurt,
28.11.2022

**Stellungnahme der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen zum „Gesetz zur
Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften“ – Gesetzentwurf der
Landesregierung – Drucksache 7/6291**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Gesetz zur
Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und
zur Änderung weiterer Vorschriften (Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache
7/6291).

Aus Sicht des LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e.V. sind keine weiteren
Anmerkungen oder Anpassungen zum vorliegenden Gesetzentwurf notwendig. Daher
schließen wir uns den vorgeschlagenen Anpassungen des „Gesetzes zur Änderung des
Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung
weiterer Vorschriften“ an.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführer

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und zur Änderung weiterer Vorschriften		
Gesetzentwurf der Landesregierung		
- Drucksache Drucksache 7/6291 ... -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

--	--	--

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband I. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	befürwortet	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Sch</i> 23.11.22	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)